



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 07. November 2014

Inhalt

- 1. Ein Grund zum Feiern: Vor 25 Jahren wuchs zusammen, was zusammen gehört**
- 2. Mehr Zeit und Sicherheit für Familien: Elterngeld Plus kommt**
- 3. Schärfere Regeln bei Steuerbetrug**
- 4. Sterbehilfe**
- 5. Jugend stärken im Quartier**



Ein Grund zum Feiern:

Vor 25 Jahren wuchs zusammen, was zusammen gehört

Am 9. November jährt sich der Fall der Mauer zum 25. Mal und das ist ein Grund zum Feiern! Nach 28 Jahren war die Mauer endlich wieder offen! Um 21.30 Uhr wurde der Grenzübergang Bornholmer Straße geöffnet, in Berlin und in ganz Deutschland feierten die Menschen bis zum Sonnenaufgang.

Diese Woche war Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu Besuch in Südkorea. Was dieser Satz mit der Überschrift dieses Textes zu tun hat? Der Außenminister war vor allem in einer Hinsicht als besonderer Ratgeber von südkoreanischer Seite gefragt: Als Vertreter eines Landes, dem die Wiedervereinigung gelungen ist. Dass es auf dieser Welt immer noch Länder gibt, die in Teilung leben, hebt hervor, dass ein vereintes Deutschland durchaus keine Selbstverständlichkeit ist.

Am 5. November 1989 konstituierte sich in der Sophienkirche der Berliner Bezirksverband der SPD. Gemeinsam mit vielen anderen erzwangen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die ersten freien Wahlen. Die Leute standen Schlange um Mitglied zu werden, der Wille nach Demokratie konnte nicht mehr zurückgedrängt werden. Die Gründung der SPD, ein paar Tage bevor die Mauer fiel, macht es deutlich: Es waren die Bürgerinnen und Bürger selbst, die diese friedliche Revolution angeführt haben.

Das wir in diesem Herbst 25 Jahre Mauerfall feiern dürfen ist eine große Errungenschaft, die wir dem Mut der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu verdanken haben, die trotz Schikanen und Repressionen für Demokratie und Freiheit auf die Straße gegangen sind. Es war keine Revolution von „oben“, sondern der Wunsch des Volkes und dessen mutige Auflehnung, die die Mauer zu Fall brachten.

Mehr Zeit und Sicherheit für Familien: Elterngeld Plus kommt

Bereits im Koalitionsvertrag hat die SPD darauf gedrungen, das erfolgreiche, 2007 eingeführte Elterngeld zu erweitern. Mit Erfolg! Ziel des Elterngeld Plus, das ab nächstem Jahr kommt, ist es, Eltern mehr Zeit für die Familie zu geben und gleichzeitig durch mehr Flexibilität und Partnerschaftlichkeit in der Erziehung, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können.

Was wird mit dem Elterngeld Plus besser? Bisher wurde das Elterngeld maximal 24 Monate nach der Geburt des Kindes gewährt. Zwar nehmen immer mehr Väter eine Auszeit vom Job -inzwischen sind es ca. 30 Prozent-, aber viele von ihnen nutzen lediglich die zwei „Pflichtmonate“. Außerdem gibt es eine Gerechtigkeitslücke. Steigen Eltern nämlich während des Elterngeld-Bezuges in Teilzeit wieder in ihren Beruf ein, verloren sie bis jetzt einen Teil des Elterngeldanspruches. Zukünftig wird ein Elterngeld-Monat zu zwei Elterngeld Plus-Monaten ausgeweitet und damit lohnt sich dann die frühe Teilzeit für Eltern, denn diejenigen, die in Teilzeit arbeiten, werden nicht länger schlechter gestellt. Zusätzlich wird es ermöglicht, dass Eltern zukünftig 24 Monate der Elternzeit auch zwischen dem 3. und 8. Geburtstag ihres Kindes beanspruchen können und dies mit einem Kündigungsschutz. Und es gibt zukünftig einen Partnerschaftsbonus. Wer sich Beruf und Kinderbetreuung partnerschaftlich teilt, wird länger gefördert! Gehen beide Eltern parallel für mindestens 4 Monate zwischen 25 und 30 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten sie jeweils zusätzlich vier Monate Elterngeld Plus.



Da die Reform des Elterngeldes auch vielen jungen Familien in Hessen richtig viel bringt und hilft, Karriere und Familie besser unter einen Hut zu bringen, kann der Gesetzentwurf für Interessierte mit einem Klick [hier](#) eingesehen werden. Das Elterngeld Plus sichert Familien nach der Geburt des Kindes besser ab. Es ermöglicht Müttern den früheren Wiedereinstieg in den Beruf und lässt Vätern die Chance, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen. Wir wissen aus Umfragen, dass gut 60 Prozent aller Paare mit kleinen Kindern sich mehr partnerschaftliche Organisation bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen. Tatsächlich gelingt es weitaus weniger Eltern, diesen Wunsch auch Realität werden zu lassen. Deshalb haben wir mit dem Elterngeld Plus eine weitere Basis geschaffen, dass junge Eltern und ihre Kinder in unserem Land von einer guten Familien- und Arbeitspolitik profitieren können. Das Elterngeld Plus ist ein Erfolg der gerechten, zukunftsfesten und modernen Familienpolitik der SPD!

Schärfere Regeln bei Steuerbetrug



Jedes Jahr gehen unserem Land Milliarden an Steuereinnahmen verloren, weil es Menschen und Unternehmen gibt, die Steuern hinterziehen oder Steuerumgehungsstrategien nutzen und damit die Allgemeinheit schädigen.

Wir fordern seit Jahren ein kompromissloses Vorgehen gegen Steuerbetrug und sind erfreut, dass dies nun mit zwei wichtigen Bausteinen gelingt: In Zusammenarbeit mit den Ländern hat die Bundesregierung einen hervorragenden Gesetzentwurf vorgelegt, der die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige im Steuerrecht erheblich enger fasst als bisher. Der [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung](#) sieht unter anderem vor, die Grenze, bis zu der eine Steuerhinterziehung ohne Zahlung eines zusätzlichen Geldbetrages bei Selbstanzeige straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro zu senken. Der zu zahlende Geldbetrag soll abhängig vom Hinterziehungsvolumen gestaffelt werden und es ist eine generelle Ausdehnung des Berichtigungszeitraums auf zehn Jahre für eine

wirksame Selbstanzeige geplant. Der Entwurf wurde am Donnerstag im Plenum in erster Lesung beraten und das Gesetz soll ab 1.1.2015 gelten.

Der zweite Baustein betrifft ein von zunächst 50 Staaten ratifiziertes Abkommen. Mit ihm verpflichten sich die Länder, Daten aller nicht im Inland ansässigen Bankkunden an die nationalen Finanzbehörden zu melden. Die Daten werden zunächst von Banken oder bestimmten Versicherungen erfasst und an die nationalen Finanzbehörden weitergeleitet. Diese reichen die verschlüsselten Daten dann an die Steuerbehörden der jeweiligen Heimatländer weiter. Der Informationsaustausch unter den Ländern soll im September 2017 starten. Die ausgetauschten Daten können nur von den Finanzbehörden genutzt werden. Der Datenschutz ist damit gewahrt. Mit dem automatischen Datenaustausch werden im Ausland angelegte Vermögen und erzielte Kapitalerträge transparent. Dies ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit: Endlich werden auch Besitzer von Auslandsvermögen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert. Auch damit wird eine langjährige SPD-Forderung nach Aufdeckung von ausländischen Vermögen und Kapitalerträgen umgesetzt, weil die Finanzbehörden den Steuerflüchtlern künftig leichter auf die Spur kommen.

Sterbehilfe

Sterbehilfe ist ein hochemotionales und sehr komplexes Thema, das auch ethische Fragen berührt! Die SPD hat im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die palliativmedizinische Begleitung und Hospizversorgung in Deutschland weiter ausgebaut und finanziell stärker unterstützt wird. Das ist in einer älter werdenden Gesellschaft dringend erforderlich, zumal wir in der gesetzlichen Krankenversicherung nur eine 90 Prozent Förderung haben und in der privaten Krankenversicherung überhaupt keine Finanzierung gegeben ist.

Bei unserer letzten Landesgruppensitzung, zu der wir uns immer montags in den Sitzungswochen des Bundestages treffen, haben wir intensiv über das Thema Sterbehilfe diskutiert. Der Bundestag wird hierzu am 13. November diesen Jahres eine Orientierungsdebatte abhalten und im nächsten Jahr soll dann ein eventueller Gesetzentwurf zur Abstimmung ins Parlament eingebracht werden. Der Fraktionszwang wird bei dieser Abstimmung aufgehoben sein. Das heißt, es ist eine sogenannte „Gewissensentscheidung“, die unabhängig von der Parteizugehörigkeit entschieden werden kann.

Schon in der Diskussionsrunde der hessischen SPD-Landesgruppe zeichnete sich ab, dass es eine **vielschichtige Debatte** geben wird, die **sich im Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und dem Recht auf Fürsorge** bewegen wird. Auch wurde deutlich, dass es bei diesem höchstsensiblen und sehr persönlichen Thema keine einfachen Lösungen geben wird.

Die bis jetzt vorliegenden Positionspapiere sind ein Querschnitt durch die allgemeine Debattenlage. Interessant ist, dass die Grundhaltung bei allen sehr ähnlich, nur die Vorgehensweise eine andere ist. Der Kern der Debatte dreht sich um die Beihilfe zum Suizid, etwa durch das Bereitstellen von todbringenden Medikamenten. Aktive Sterbehilfe, also die Tötung auf Verlangen, wird allerdings von keiner Gruppe gefordert.

Das erklärte Ziel der meisten Positionen ist es, die gewerbliche und organisierte Sterbehilfe zu unterbinden. Denn: Sterbehilfe darf kein Geschäft sein! Gemein haben alle Vorschläge auch, dass sie einen Ausbau der palliativmedizinischen Behandlungsmöglichkeiten, also der Schmerzbehandlung und der Sterbebegleitung, fordern.

Jugend stärken im Quartier

Auch in Hessen werden zukünftig viele **Modellprojekte zum Übergang von der Schule in den Beruf** gefördert werden! Für das Bundesprogramm „Jugend stärken im Quartier“ haben Familien- und Umwelt- und Bauministerium an einem Strang gezogen. 220 Modellprojekte in ganz Deutschland haben ihr Interesse an dem Programm bekundet und 200 davon erfüllen die Voraussetzungen, gefördert zu werden und erhalten in Kürze eine Aufforderung zur Antragsstellung.

Das ist ein beachtlicher Erfolg, zeigt aber auch, dass Jugend-Projekte, die beim Übergang von der Schule in die Berufswelt helfen, dringend benötigt werden! Durch aufsuchende Sozialarbeit und eine niedrigschwellige, zugängliche Beratung vor Ort soll den Jugendlichen der Übergang erleichtert werden. Dazu stärken die Projekte die Team- und Kommunikationsfähigkeit, das Verantwortungsbewusstsein und die Selbstorganisation der jungen Menschen im Alter zwischen 12 und 26 Jahren. Flankiert werden diese Maßnahmen durch Verbesserungen im Wohnumfeld und mehr nachbarschaftliches Miteinander. Eine gelungene Kombination, die sich auch gerade an Gebiete der „Sozialen Stadt“ richtet. Auch für dieses Programm sind die Mittel erhöht worden, so dass die Hilfen gerade für benachteiligte Jugendliche in Zukunft hoffentlich noch zielgerichteter wirken können. Hier wird gerechte Sozialpolitik umgesetzt, damit die jungen Menschen den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich meistern können.



Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia